

Studentenschaft der THD

Bald neues Hochschulgesetz

Hessen hat gewählt

Erstmals in Hessen werden wir uns jetzt mit einer schwarzen (wenn auch knappen) Mehrheit auseinandersetzen müssen. Da es SPD und Grüne nicht mehr schafften, uns ein neues Hessisches Hochschulgesetz (HHG) zu verordnen, wird dies die neue CDU-FDP Regierung besorgen. Die Tatsachen sind, daß das neue Hochschulrahmengesetz (HRG) im Bundestag verabschiedet wurde und nun alle Landesgesetze angepasst werden müssen. Von der CDU liegt seit Februar 87 ein Entwurf für das neue HHG vor. Dieser Entwurf wurde auch von der FDP als Grundlage anerkannt. Die Frist für die Umsetzung des HRG ins HHG endet November 1987.

Der CDU-Entwurf trägt natürlich deutlich die Handschrift der Bonner Rechtsregierung. Sonderstudiengänge und Ergänzungsstudiengänge sollen eingerichtet werden (natürlich nicht für alle Studentinnen und Studenten). In allen Studiengängen müssen Zwischenprüfungen abgelegt werden. Die Drittmittelforschung soll vollständig der Kontrolle der Hochschule entzogen werden.

Die Strategie wird deutlich

- Die Züchtung einer Elite auf Kosten der Masse der Studentinnen und Studenten (Selektion).
- Geheime Forschung im Interesse der Industrie.
- Der Abbau der Rechte der verfassten Studentenschaft.

Nachfolgend eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten vorgesehenen Veränderungen.

Einführung von "Steilkursen" und Sonderstudiengängen

Im CDU Gesetzentwurf heißt es im § 125(5) "In geeigneten Fachrichtungen sind Studiengänge einzurichten, die bereits innerhalb von drei Jahren zu einem ersten berufsqualifizierendem Abschluß führen". Das Ziel dieser Änderung ist, daß die Universitäten schnell in der Lage sind, Wissenschaftler und Ingenieure nach den Bedürfnissen der Industrie bereitzustellen. Für diese "Schnell" Student/inn/en werden die meisten Möglichkeiten wegfallen, das Studium eigenverantwortlich zu organisieren und kritische Ansätze zu entwickeln. Diese Student/inn/en sind natürlich schlechter qualifiziert als diejenigen, für die neue Studiengänge eingerichtet werden, "zu denen Bewerber mit Hochschulzugangsberechtigung aufgrund einer Eignungsfeststellung der Hochschule zugelassen werden" (§125(7)). Dazu kommt, daß die Studienordnung nach Willen der CDU Lehrveranstaltungen für besonders befähigte Studenten anbieten kann (§126(1)) (Steilkurse). All dies wird dazu führen, daß die Rivalität unter den Studenten steigt, die Streßbelastung stärker wird und die meisten Student/inn/en automatisch ihr Studium noch stärker an den Industriebedürfnissen orientieren. Dies wird einer der Faktoren sein, der dazu führt, daß die Hochschule noch weniger als bisher in der Lage sein wird, technische, wissenschaftliche und wirtschaftliche Alternativen zu entwickeln.

Drittmittelforschung

In diesem Punkte noch entscheidender sind die vorgesehenen Änderungen in Punkto Drittmittelforschung. Wenn heute ein Professor Forschungen für Industrieunternehmen durchführt, müssen diese veröffentlicht werden. Der zuständige Fachbereich und letztlich auch der Präsident haben die Möglichkeit zum Einspruch gegen das Forschungsprojekt. All diese Kontrollmechanismen sind im CDU-Entwurf nicht mehr vorgesehen. Die Hochschule soll nun keine Einflußmöglichkeiten auf die Inhalte der an den Instituten betriebenen Industrieforschungen mehr haben. Die Professoren brauchen ihre Ergebnisse nicht einmal mehr zu veröffentlichen und die Industrie muß für die Benutzung der Hochschuleinrichtungen nicht mehr bezahlen.

Verbindliche Zwischenprüfungen

Nach dem neuen HHG werden Zwischenprüfungen in allen Fächern verbindlich vorgeschrieben sein. Also werden in Darmstadt bald auch die Magisterstudent/inn/en mit Vordiplomsproblemen kämpfen müssen, die die Kolleginnen und Kollegen aus den naturwissenschaftlichen und technischen Fachbereichen mehr schlecht als recht meistern.

Studentische Mitbestimmung

Die Mitwirkungsmöglichkeiten der Studentenschaft in den Gremien sollen weiter eingeschränkt werden. Während z.B. heute im Konvent neben 35 Professoren noch 25 Studenten, 20 Wissenschaftliche Mitarbeiter und 10 sonstige Mitarbeiter sind, sollen in Zukunft 50 Professoren mit je 15 Studenten und wissenschaftlichen Mitarbeitern und 10 sonstigen Mitarbeitern den Konvent bilden. In den ständigen Ausschüssen, im Senat und in den Fachbereichsräten sieht es nicht anders aus. Obwohl der Traum von echter studentischer Mitbestimmung schon länger ausgeträumt ist (oder etwa nicht?), wird hier ein weiterer Schritt zur Entdemokratisierung getan, den wir nicht hinnehmen können.

Was nun?

Informiert Euch, geht auf die Veranstaltungen der Fachschaft, des Fachschaftenplenums, des AStAs. Beteiligt Euch an den Aktionen, um diese Umsetzung zu verhindern. Gemeinsam müssen wir eine Strategie entwickeln. Vielleicht gelingt es ja in Hessen gemeinsame Aktionen mit anderen Hochschulen durchzuführen. Das Ziel, nämlich die Verhinderung des Bildungspolitischen Kahlschlags in Hessen, müßten alle Studentinnen und Studenten gemeinsam haben. Erleichternd für diese Solidarität sollte sein, daß in Hessen die Studentenorganisation der CDU - der RCDS - in keinem einzigem AStA vertreten ist.



Wir fordern wirkliche Mitbestimmung bei der Umsetzung des HRG ins HHG. Es darf keine Elite- und Sonderstudiengänge geben. Die Hochschulen dürfen nicht zu Servicebetrieben der Industrie verkümmern. Die studentischen Mitbestimmungsmöglichkeiten dürfen nicht weiter eingeschränkt werden.